



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.02.2010

Beginn Teil 1: 16:00 Uhr- Ende Teil 1: 18:10 Uhr

Beginn Teil 2: 18:35 Uhr Ende Teil 2: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig ab TOP 4
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer TOP 1
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli ab TOP 2
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest

entschuldigt:

Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Goeth
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	TOPs 8 - 10
Frau Fischer, Stadtplanungsamt	TOP 1
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	TOPs 2 - 9
Herr Kopf, Hochbauamt	bis TOP 9
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Mildenberger, Hochbauamt	bis TOP 9
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 4
Herr Rechmann, Tiefbauamt	TOP 1
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	zeitweise
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	TOPs 4 - 9
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	TOPs 2 - 4
Herr Walz, Gebäudemanagement	bis TOP 4
Herr Wilk, Hochbauamt	TOP 1
Herr Erster Bürgermeister Wersch	TOPs 4 - 9
Frau Woitun, Hochbauamt	TOP 1

Außerdem:

Frau von Borstel, Gaisental Grundschule	TOP 4
---	-------

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Erläuterung der Wettbewerbsarbeiten Realschul-Neubau mit Ganztagszentrum, Sport- und Kletterhalle	
2.	Glückwünsche zur Wiederwahl	
3.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates gefassten Beschlusses	20/2010
4.	Gaisental-Grundschule Bauliche Erweiterung zur Ganztageschule und Sanierungsmaßnahmen Varianten, Entwurf, Kosten	19/2010
5.	Bürgerfragestunde	
6.	Einziehung des Feldweges Nr. 243 im Gewann "Burgzeil", Gemarkung Stafflangen Bericht von der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie des Landwirtschaftsamtes	212/2009
7.	Jugendkunstschule - energetische Fassadensanierung Vergabe WDVS	32/2010
8.	Umbau und Übertragung der Räumlichkeiten Hindenburgstraße 34 im 3. Obergeschoss und Dachgeschoss mit den dazugehörigen Kelleranteilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach	26/2010
9.	Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach	27/2010
10.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Talfeld III" a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften	15/2010
11.	Annahme von Spenden für das 4. Quartal 2009	22/2010
12.	Beteiligungsbericht 2009 der Stadt Biberach für das Jahr 2008	13/2010
13.	Gewerbegebiet Flugplatz - Vorgezogene Erschließung des 1. Bauabschnitts	270/2009
14.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2009	24/2010
15.	Bekanntgaben	
15.1.	Oberbürgermeisterwahl am 7. Februar 2010	29/2010
16.	Verschiedenes	
16.1.	Veranstaltung der e.wa-riss zu DSL	
16.2.	Förderprogramm Obst an Schulen	
16.3.	Entwicklung Südbahn	
16.4.	Runder Tisch Ganztagsbetreuung	
16.5.	Städtische Webcam	

Die Mitglieder wurden am 04.02.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.

TOP 1 Erläuterung der Wettbewerbsarbeiten Realschul-Neubau mit Ganztagszentrum, Sport- und Kletterhalle

Der Gemeinderat wurde in die Stadthalle geladen, wo die Arbeiten, die im Rahmen des Wettbewerbs zum Realschulneubau mit Ganztagszentrum, Sport- und Kletterhalle eingereicht wurden, ausgestellt sind. Das Ergebnis des Preisgerichtsverfahrens wurde in einem Protokoll zusammengefasst, das dem Gemeinderat ausgehändigt wurde und dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

OB Fettback bezeichnet das Preisgerichtsverfahren als sehr konstruktiv. Es hätten sehr viele Gemeinderatsmitglieder und auch Interessierte daran teilgenommen, was sehr erfreulich sei. Man habe nie das Gefühl gehabt, dass den Meinungen der Fach- und Sachpreisrichter unterschiedlicher Wert eingeräumt worden sei, was er bei früheren Fachpreisgerichten dieser Art schon zum Teil erlebt habe. Alle Entscheidungen seien einstimmig getroffen worden. Der erste Entwurf beinhalte alles, was allen wichtig gewesen sei. Er dankt allen, die an den Vorbereitungen in der Verwaltung und beim Büro Hirthe beteiligt gewesen seien.

Man habe eine besondere Situation, dass nur ein erster Preis und kein zweiter Preis, sondern dann wieder ein dritter und vierter Preis und zwei Anerkennungen ausgesprochen worden seien. Dies belege das sehr heterogene Feld. Teilweise sei erschreckend, dass manche der Teilnehmer das Programm gar nicht verinnerlicht hätten. Aber man habe einen ersten Preis, der alles berücksichtige und die besten Möglichkeiten biete, diesen in den nächsten zwei Jahren weiter zu verfeinern, damit die gewünschten Ziele erreicht würden. Letztlich habe der Gemeinderat zu entscheiden, welcher Preis genommen werde. Der Auftrag sei gewesen, 5 Preise zu kreieren, unter denen der Gemeinderat entscheiden könne. Dies sei nicht gelungen.

BM Kuhlmann fügt an, Hauptthema sei die Realisierung des räumlichen Bildungszentrums in der Schul- und Sportmeile gewesen. Diesen Auftrag hätten die Hälfte der Wettbewerbsteilnehmer nicht verstanden und nicht umgesetzt, weshalb man sehr schnell viele ausgesondert habe. Dies sei eine kleine Enttäuschung gewesen. Alle Entwürfe hätten jedoch Konzepte für ein Passiv- oder Nullliterhaus vorgelegt. Mit dem ersten Preis zeigt er sich äußerst zufrieden. Der Wettbewerb habe sich gelohnt, denn man habe eine sehr hohe Qualität erreicht.

Er erläutere den ersten Preis im Detail. Es werde ersichtlich, dass sich das Büro sehr viele Gedanken über Funktionen gemacht habe, weshalb hier nicht viel zu ändern sein. Hinter diesem Entwurf stecke Erfahrung mit derartigen Projekten und man habe erfahren, dass das Büro bereits eine Schule in Ludwigsburg gebaut habe. Der Entwurf lasse alle Varianten zu und sei mit oder ohne die optionalen Nutzungen realisierbar.

OB Fettback fügt an, diese Arbeit habe unisono allen Sachverständigen am besten gefallen.

Zum dritten Preis führt BM Kuhlmann aus, dies sei auf den ersten Blick ein spröder Entwurf, dessen Qualitäten aber bei näherer Betrachtung erkennbar würden. Da der Ganztagsbereich in zwei Teile aufgeteilt sei, was nicht funktioniere, habe man keinen zweiten Preis vergeben. Von Vorteil sei jedoch die noch größere Öffnung für die Öffentlichkeit. Das Schulgebäude sei zweihüftig vorgesehen und die Klassenzimmer beidseitig der mittigen Erschließung angeordnet. Das Gebäude sei fünfgeschossig.

Letzteres werde aus Sicht der Schulen kritisch gesehen, lässt OB Fettback wissen.

Zum vierten Preis führt BM Kuhlmann aus, dieser Entwurf habe den Ganztagsbereich bewusst losgelöst und auf den Parkplatz der Mali-Schule platziert. Die Schule stehe am Auftakt der Achse an der Straße und die Sporthalle am Ende der Achse. Der Begriff Achse sei hier also urban aufgefasst worden. Das Gebäude sei sechsgeschossig und absolut kompakt. Es weise relativ schmale Flure und kleine Lernbereiche auf. Der erste Preisträger biete hier deutlich mehr Luftigkeit und Helligkeit. Die Sportflächen seien wie bei den anderen Preisträgern auch von gleicher Qualität.

Dann stellt er noch die Anerkennungen kurz vor und das Projekt des Büros, das die Gebhard-Müller-Schule gebaut habe (Arbeit Nr. 1001). Hier sei das Atrium vor den Ganztagsbereich gerückt, was in Herstellung und Betrieb teuer wäre. Hinsichtlich der formulierten Ziele sei der Sinn nicht klar erkennbar, der Entwurf nicht ganz zu Ende gedacht.

Damit ist die Erläuterung der Wettbewerbsarbeiten beendet und die Sitzung wird um 17:15 Uhr im Ratssaal fortgesetzt.

TOP 2. Glückwünsche zur Wiederwahl

StR Wiest bringt vor, dies sei die erste Gemeinderatssitzung nach der OB-Wahl. Er sei beauftragt, die Grüße und Glückwünsche aller Gemeinderatsfraktionen zu übermitteln. Je nach Gusto sei das Ergebnis der Wahl unterschiedlich empfunden worden. Mit über 85 Prozent könne OB Fettback jedoch eine Genugtuung empfinden. Das Starfoto in der Schwäbischen Zeitung mit einem strahlenden Oberbürgermeister und Familie sei Ausdruck hierfür. Das Wahlergebnis sei Dank und Anerkennung für sein Wirken und den fairen und anspruchsvollen Wahlkampf. Alle Gemeinderatsfraktionen gratulierten sehr herzlich.

Man schaue nun gespannt und hoffnungsvoll auf die gemeinsamen nächsten acht Jahre. Bei der Neuverpflichtung werde man noch Gelegenheit haben, weiter zu philosophieren.

Er unterstreicht die Gratulation mit einem Blumenstrauß und erläutert dessen Farbkonstellation, die zum Ausdruck bringe, dass alle Fraktionen vertreten seien.

Es wird applaudiert.

OB Fettback gibt zu verstehen, er sei hoch zufrieden mit dem Ergebnis, wobei man sich immer frage, wo die Nichtwähler stünden. Er habe immer auf das Miteinander in der Stadt großen Wert gelegt, was er auch erst habe lernen müssen. Dies habe er schätzen gelernt. Das Wahlergebnis lasse viele Interpretationen zu, aber in einer Sache nicht: Die Wähler wollten per se nicht, dass alles Friede und Freude sei, aber dass der Oberbürgermeister mit den Gremien konstruktiv zusammenarbeite. Hierin habe in den letzten Jahren eine Stärke Biberachs gelegen und er denke, es werde auch die Arbeit der nächsten acht Jahre prägen. Es suche immer den größten gemeinsamen Nenner und setze alles daran, dies immer zu versuchen. Kommunalpolitisch habe man wenig Streitpunkte und praktiziere eine vernünftige Kommunalpolitik, die auf das Konstruktive setze. Dass man so gut zusammen gearbeitet habe, sei auch Verdienst des Gemeinderats.

Es wird applaudiert.

**TOP 3 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates
gefassten Beschlusses**

20/2010

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 20/2010 zur Kenntnisnahme vor.

OB Fettback erläutert kurz, dass diese Grunderwerbe als Einheit zu sehen seien. Es bestehe die Planung, die Magdalenenstraße künftig anders zu führen.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 19/2010 zur Beschlussfassung vor. Als ergänzende Information wurde Drucksache Nr. 19/2010 – 1 verteilt. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010 und im Bauausschuss am 08.02.2010.

BM Kuhlmann stellt die Planung vor und bezeichnet sie als weiteres wichtiges Projekt in der Bildungslandschaft. Bei den Untersuchungen habe man festgestellt, dass vieles nicht dem technischen Standard entspreche. Man habe diverse Varianten untersucht. Ein Komplettneubau verursachte Kosten von 10 bis 12 Mio. Euro, das Bildungshaus noch nicht inbegriffen. Diese Option habe man nicht dargestellt. Er legt dar, dass aus Sicht der Verwaltung die Variante mit zusätzlichen Investitionen in Höhe von einer Mio. Euro für energetische Sanierungen keinen Sinn mache. Er weist darauf hin, dass Gebäudeteil C außerhalb des diskutierten Programms stehe. Eine Entscheidung für Variante 1 bedeute jedoch nicht, dass dem Wunsch der Schule entsprochen werden könne, Räume im Teil C zu errichten.

65 Prozent der Hüllfläche könne man energetisch auf den aktuellen Stand bringen. Für eine optimale Lösung wäre 1 Mio. Euro mehr erforderlich. Die Verwaltung halte es für sinnvoller, dieses Geld in der Mittelberg-Grundschule einzusetzen, wo für dieselbe Summe ein deutlich höherer Mehrwert erreicht werden könne.

Man sei seit Sommer 2009 im Gespräch mit der Schulleitung und habe mit ihr und dem Oberschulamt das Raumprogramm abgestimmt. Dieses orientiere sich am Modell-Raumprogramm. Mit einem Umbau erziele man mehr Optionen, Fördermittel zu generieren, als mit einem Neubau. In der Vorwoche hätten erneut Gespräche mit der Schulleitung stattgefunden. Man erkläre bewusst, dass nicht für jede Nutzung der Schule ein separater Raum vorgesehen sei, sondern dass Doppelnutzungen möglich seien, wobei das Raumprogramm großzügig angelegt sei. Die Umsetzung des Ganztagsbereichs und des pädagogischen Konzepts seien mit Variante 1 möglich, es seien lediglich organisatorische Änderungen erforderlich. Eine Vergrößerung des Lehrerzimmers könne man nicht anbieten und auch die Veränderungswünsche im Sanitärbereichs seien nicht realisierbar.

StR Abele dankt für die umfangreiche Ergänzungsvorlage, die in kurzer Zeit auf die aufgeworfenen Fragen eingegangen sei. Es sei gut, dass eventuell zu einem späteren Zeitpunkt Maßnahmen im Gebäude C angegangen werden könnten, sofern dies erforderlich sei. Man orientiere sich an der Aussage, dass die teilweisen Missverständnisse mit der Schulleitung ausgeräumt seien. Für die Zustimmung der CDU-Fraktion seien nicht die Kosten entscheidend, sondern man wolle dass die Ganztageschule jetzt ohne Zeitverzögerung angegangen werde. Auch die Aussage, dass der Zuschuss sich im Falle eines Abrisses verringere habe überzeugt, Variante 1 zuzustimmen. Hinzu komme, dass man mehr Optionen mit größeren Räumen habe. Klar sei, dass das Prinzip der Wirtschaftlichkeit von der Verwaltung in den Vordergrund gestellt worden sei, was man begrüße. Das bestehende Restrisiko bezüglich der Heizung- und der Sanitäreinrichtungen sei tragbar.

StRin Kübler gibt zu verstehen, das hehre Ziel der SPD-Fraktion sei es gewesen, ein Bildungshaus zu erstellen, in dem die Zusammenarbeit der Ganztageschule mit Kindergärten ein Selbstverständnis sei. Der Stadtteil Gaisental verlange besondere Lösungen. Leider sehe dies das Landesprogramm nicht so, was anfangs nicht bekannt gewesen sei. Man wolle aber wenigstens einen

kleinen Teil umgesetzt sehen. Bedenken, die gegen eine Sanierung gesprochen hätten, seien fehlende Räume für den Ganztagsbereich und eine Reduzierung der Schulhoffläche aufgrund des Anbaus gewesen, wobei gleichzeitig die Forderung bestehe, mehr Raum für Bewegung zu geben. Hinzu komme die Befürchtung, dass die Schule eine ewige Baustelle bleibe. Negativ sei auch, dass man bezüglich der energetischen Betrachtung keine Vergleiche anstellen könne. Hier zeige sich die Notwendigkeit eines Gebäudekatasters und sie fragt, wann mit dessen Fertigstellung zu rechnen sei. Vor einem Jahr habe man die Verwaltung hiermit beauftragt.

Im Ergebnis hätten jedoch die Informationen der Verwaltung überzeugt, weshalb die SPD-Fraktion dennoch zustimmen werde. Man nehme aber die Zusage aus der Ergänzungsvorlage ernst, dass im Bedarfsfall die Räume zügig saniert würden und dass die entfallende Schulhoffläche auf der Rückseite der Schule kompensiert werde. Auch gehe man davon aus, dass noch offene Fragen bezüglich des Horts und Ähnliches mehr nicht aufgeschoben würden, um das Bildungshaus bald realisieren zu können. Man müsse aus dem Raumprogramm das Optimalere machen.

StR Heinkele spricht sich wie die CDU-Fraktion namens der Freien Wähler dafür aus, sehr schnell in das Ganztagsprogramm einzusteigen und dieses umzusetzen. Die Verwaltung sei seit langem mit der Schule im Gespräch und in der Ergänzungsvorlage seien die Themen deutlich angesprochen worden. Die Umsetzung von Variante 1 sei finanziell und schulorganisatorisch sinnvoll. Die 3,8 Mio. Euro müssten allenfalls um 800 000 Euro erhöht werden, sofern der geschilderte Supergau bezüglich Heizung- und Sanitäreinrichtungen eintrete. Zuschüsse, die man sicher erzielen könne, solle man in Anspruch nehmen. Die Verwaltung sei auf fast alle Wünsche der Schulleitung eingegangen und eventuell könne man mit der Schule durch Umorganisationen auch eine noch optimalere Lösung für das Lehrerzimmer finden.

StR Späh bezeichnet die energetische Ertüchtigung als besonders wichtig, was Grund für einen Antrag gewesen sei, Variante 4 zu realisieren. Die Ergänzungsvorlage habe Klarheit gebracht, weshalb der Antrag nicht weiterverfolgt werde. Es sei erst in den Vorberatungen klar geworden, dass durch den Antrag der Landeszuschuss zurückgestellt und somit ungewiss würde, was dazu bewogen habe, diesen Antrag nicht weiter zu verfolgen. Die Wünsche der Schule würden mit Variante 1 weitestgehend erfüllt und man gehe davon aus, dass die Lehrmöglichkeiten befriedigend umgesetzt werden könnten. Die Problematik im Gebäudeteil C sei noch nicht optimal, insbesondere was die Fluchttreppe betreffe. Eventuell könne hier noch neu nachgedacht werden.

Nach Meinung der FDP-Fraktion müsse das Projekt unbedingt jetzt entschieden werden, gibt StR Funk zu verstehen. Der Antrag der Grünen könne nicht umgesetzt werden und bedeutete keinen guten Umgang mit Steuergeldern. Er bittet die Verwaltung, Vorlagen künftig etwas deutlicher zu formulieren und alle Kosten zu nennen. Nicht akzeptiert wurde die Argumentation, Energiesparmaßnahmen dort vorzuschlagen, wo man die höchsten Einsparungen habe.

Die FDP trete dafür ein, energetische Sanierungen durchzuführen und zwar dort, wo die größte Energieeinsparung erzielt werden könne. Fragen des Raumprogramms müssten zwischen Schule und Verwaltung abgestimmt werden, was offensichtlich der Fall sei.

Herr Walz lässt wissen, man habe bezüglich des Gebäudekatasters Angebote eingeholt, die sich für die Aufnahme von 20 Gebäuden zwischen 40 000 und 70 000 Euro bewegten. Angesichts der Haushaltslage habe die Dezernentenkonferenz entschieden, diese Aufgabe momentan nicht weiter zu verfolgen.

OB Fettback kündigt an, eruieren zu lassen, ob ein Gemeinderatsbeschluss zur Umsetzung dieser Maßnahme bestehe und ob tatsächlich beschlossen worden sei, diese Aufgabe aufzugeben. Man werde die Beschlusslage aufarbeiten.

BM Kuhlmann bemerkt zu den Ausführungen StRin Küblers, man habe genügend Potential zur Entwicklung weiterer Freiflächen. Auf der Hartplatzfläche sei die Unterbringung einer Krippe und eines Kindergartens möglich, sodass das Bildungshaus realisierbar wäre. Auch eine Erweiterung Richtung Kleinspielfläche sei theoretisch möglich, da es sich um eine öffentliche Grünfläche handle, diese Überlegung werde aber aktuell nicht weiter verfolgt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Zur Ausführung kommt die in Drucksache Nr. 19/2010 dargestellte Variante 1, bauliche Erweiterung zur Ganztageschule und notwendige Sanierungsmaßnahmen (ohne umfassende energetische Sanierung).**
- 2. Der Kostenberechnung mit Gesamtkosten in Höhe von 3,8 Mio € wird zugestimmt.**
- 3. Architekten und Fachingenieure werden mit der weiteren Planung und Ausschreibung (bis Leistungsphase 7) beauftragt mit dem Ziel eines Baubeginns 2010.**

Anschließend wird die Sitzung unterbrochen und die öffentliche Sitzung des Gemeinderats in Stiftungssachen Kirchenpflege aufgerufen. Danach wird um 18:35 Uhr die öffentliche Gemeinderatsitzung fortgesetzt.

TOP 5 Bürgerfragestunde

Es ist 18:35 Uhr und OB Fettback ruft die Bürgerfragestunde auf. Es sind jedoch keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 212/2009 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Ortschaftsrat Stafflangen am 19.11.09 und im Bauausschuss am 17.12.09 vorberaten.

BM Kuhlmann lässt wissen, im Bauausschuss seien verschiedene Fragen aufgeworfen worden, wie die strafrechtliche Verfolgung. Diese sei zu verneinen, da die Stadt keine strafrechtliche Verfolgungsbehörde sei. Man habe anhand von Luftbildern erhoben, dass seit 2005 allein 18 Fälle in Stafflangen feststellbar seien. Künftig wolle man mit derartigen Fällen anders umgehen und im Gespräch mit den Ortsvorstehern nach pragmatischen Lösungen suchen, um künftig keine derartigen Vorlagen mehr erstellen zu müssen. In Ringschnait sei noch ein derartiges Verfahren am Laufen.

StR Rieger stellt klar, ihm sei es nicht darum gegangen, die Stadt zur strafrechtlichen Verfolgungsbehörde zu machen. Die Stadt sei jedoch geschädigt, da Wege von Landwirten zerstört worden seien. Die Stadt hätte daher bei der Staatsanwaltschaft abfragen können, ob es sich hierbei um ein strafbares Verhalten handle. Der Schaden müsse auf jeden Fall wieder gut gemacht werden. Die Wiederherstellung des Weges sei dabei das mindeste Mittel. Er wolle keine Kriminalisierung von Landwirten.

BM Kuhlmann unterstreicht, Ziel sei die Wiederherstellung der Wege auf Kosten derjenigen, die sie zerstört hätten.

StR Braig meint, das Handeln der Landwirte geschehe oft ohne bösen Willen, denn man müsse wissen, dass es sich oft um Graswege handle und gar nicht erkennbar sei, wo die eigene Ackerfläche ende.

StR Weber spricht sich für eine Regelung mit den Betroffenen vor Ort aus, wie dies von der Verwaltung beabsichtigt sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Dr. Compter) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 212/2009 dargestellten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Einwendern werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern mitzuteilen.**
- 2. Nach den Gesamtumständen wird festgestellt, dass der Feldweg Flst. Nr. 243 im Gewann „Burgzeil“ i. S. v. § 7 StrG nicht „entbehrlich“ ist.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Verhandlungen mit dem Eigentümer des Flst. 261 die Zustimmung für eine direkte, gradlinige Verbindung der Feldwege 248 und 304 anzustreben.**
- 4. Im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen nach Ziff. 3 die Wiederherstellung des Feldweges Flst. Nr. 243 durchzusetzen.**

**TOP 7 Jugendkunstschule - energetische Fassadensanierung
Vergabe WDVS**

32/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 32/2010 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Vergabe der Arbeiten WDVS (Wärmedämm-Verbundsystem) an der Jugendkunstschule erfolgt an den günstigsten Bieter, die Fa. Maler Schuster GmbH, Biberach zum Angebotspreis in Höhe von 185.698,27 €.

**TOP 8 Umbau und Übertragung der Räumlichkeiten Hindenburgstraße 34 im
3. Obergeschoss und Dachgeschoss mit den dazugehörigen Kelleran-
teilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach**

26/2010

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 26/2010 zur Beschlussfassung vor. Gleichzeitig wird Drucksache Nr. 27/2010 aufgerufen. Die Beschlussfassung zu diesem Punkt ist im nachfolgenden Tagesordnungspunkt protokolliert.

EMB Wersch erläutert die Vorlagen kurz und gibt zu verstehen, man habe eine voll umfänglich gute Lösung gefunden.

StR Dullenkopf bringt vor, die CDU-Fraktion begrüße, dass ein angemessenes Ergebnis auch für die Innenstadt gefunden worden sei. Wenn im Gebäude nur Funktionen untergebracht seien, die tagsüber genutzt würden und nicht am Wochenende, bedeute dies eine Verarmung für die Innenstadt. Er bezeichnet es als gut, dass statt einer drei Wohnungen geschaffen würden.

Auch für die SPD-Fraktion sei der Verwaltungsvorschlag eine gute Lösung, meint StRin Kübler. Man habe festgestellt, dass eine Vereinsnutzung dieser Räumlichkeit nicht praktikabel sei.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft StR Heinkeles zustimmen. Das Geld sei gut angelegt und die Nutzung sinnvoll. Er spricht die Renditeberechnung an und gibt zu verstehen, er komme nur auf 316 m², was die Rendite verringerte. Er fragt, ob auch mehr als 5,90 Euro erzielt werden könnten.

EBM Wersch führt aus, man habe den Balkon zur Hälfte nicht angesetzt. Einen Quadratmeterpreis von 5,90 Euro könne man versuchen, die Verwaltung habe die Vorlage aber nicht schön rechnen wollen.

StR Späh bezeichnet die Entwicklung als erfreulich und dass durch die Aufteilung eine energetische Gesamtanierung möglich werde. Auch der Übergang an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft sei sinnvoll, damit andere Zuschüsse abgerufen werden könnten.

StR Funk findet es richtig, kein Stockwerkseigentum zu bilden und Teile zu verkaufen. Beim Kauf des Gebäudes sei jedoch ein hoher Wert für die Wohnungen angegeben worden und jetzt seien sie auf einmal nichts mehr wert. Er fragt, ob 1.108 Euro/m² für den Ausbau billig oder teuer seien. In der Wirtschaftlichkeitsberechnung habe man das Gebäude mit Null-Wert gerechnet und das Eigenkapital vergessen. Auch sei keine Eigenkapitalverzinsung auf den Gebäudewert und die Investitionen erfolgt. Dann spricht er noch die Grundrisse an und fragt, ob diese sinnvoll seien. Er gehe davon aus, dass bei kleinen Grundrissen höhere Mieten erzielt werden könnten.

EBM Wersch bestätigt, dass man den Gebäuderestwert nicht dargestellt habe. Nehme man ihn hinzu, sinke die Rendite für den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft. Die Darstellung sei so gewählt, weil man beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft immer so vorgehe. Es erfolge eine Eigenkapitalübertragung ohne Restwert.

Herr Jäger lässt wissen, bei einem Neubau erreiche man für Kosten von 1.800 Euro/m² eine sehr gute Qualität, die man beim Umbau für die genannten 1.108 Euro erzielen könne.

EBM Wersch bringt vor, er rechne mit guten Abnahmechancen auch angesichts der Lage und da die Wohnung Balkon- oder Terrassennutzung hätten.

StR Funk empfiehlt, der Vorlage mit dem Hinweis zuzustimmen, dass nur Geld gewechselt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Umbau von 1 Wohnung mit ca. 350,00 m² Wohnfläche in 1 Drei- und 2 Vierzimmerwohnungen im 3. OG/DG Hindenburgstr. 34 wird zugestimmt.**
- 2. Der Übertragung der Räumlichkeiten im 3. OG/DG Hindenburgstr. 34 mit den dazugehörenden Kelleranteilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.**
- 3. Die Stadt beteiligt sich an den Gesamtkosten in Höhe von 480.000,00 Euro mit einem Zuschuss in Höhe von 130.000,00 Euro an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wegen der ohnehin anstehenden Instandsetzungsarbeiten des Flach- und Steildaches.**
- 4. Der außerplanmäßigen Ausgabe der Stadt Biberach in Höhe von 130.000 € wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch eine überplanmäßige Rücklagenentnahme in gleicher Höhe.**

TOP 9 Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach

27/2010

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 27/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Diskussion dieses Tagesordnungspunktes erfolgte im Zusammenhang mit Drucksache Nr. 26/2010, die beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt protokolliert ist.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 27/2010 beigefügten Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.

- a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan**
- b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften**

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 15/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 08.02.2010.

StR Keil bittet um eine Zusage, dass die Nahversorgungseinrichtungen zeitnah realisiert würden.

BM Kuhlmann erwidert, Ziel sei die Umsetzung des Rahmenplans. Man habe bereits mit potentiellen Investoren für den Nahversorgungsmarkt gesprochen. Für Kindergarten bzw. Kindertagesstätten wolle man aufzeigen, wie diese realisiert werden könnten. Dies erfolge in der Folgeplanung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 2 Nein-Stimmen (StRe Sonntag, Weber), 2 Enthaltungen (StRe Dr. Schmid, Späh) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 15/2010 dargelegten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahme dem jeweiligen Vorbringer gem. § 3 Abs. 1 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung der Anregungen.**
- 2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan „Talfeld III“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 896/34 Index 4 vom 22.01.2010 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften „Talfeld III“ i. d. F. vom 22.01.2010 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 22/2010 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 und 2 von Drucksache Nr. 22/2010 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 13/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010.

StR Dullenkopf bittet, den dritten Satz in der Begründung in die richtige Form zu bringen, da er falsch sei. Er verweist auf den Risikobericht der Stadtwerke, über den man bereits in anderem Zusammenhang diskutiert habe. Ausdrücklich signalisiert er die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Beendigung der Mitgliedschaft am Wasser- und Bodenverband Rottumtal.

StRin Drews dankt namens der SPD-Fraktion für den ausführlich gestalteten Beteiligungsbericht. Alle Fragen seien bereits im Hauptausschuss beantwortet worden.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft StR Heinkeles zustimmen. Die Risikoübersicht speziell bezüglich der Stadtwerke und der e.wa riss GmbH zeige, dass Gefahren lauerten, weshalb es wichtig sei, diese im Rahmen des Beteiligungsberichtes im Auge zu behalten. Er hat eine Frage und zwar zur Verringerung der Verbindlichkeiten und des Umlaufvermögens und bittet mitzuteilen, um welchen Vorgang es sich handle.

Frau Leonhardt kündigt an, diese Information bei der e.wa riss Netze zu erfragen und nachzureichen.

Auch StR Späh bezeichnet die Vorlage als wichtig. Dabei hebt er insbesondere auf Seite 18 des Beteiligungsberichts ab, wonach der steuerliche Querverbund weiterhin gelte. Er dankt für den Bericht, der die Beziehungen der Stadt verdeutliche.

Auch für die FDP ist nach StR Funk der Bericht sehr wichtig und sehr gut. Er äußert den Wunsch, auch diesen Bericht in gebundener Form zu erhalten. Wiederholt bringt er zum Ausdruck, dass andere Strukturen für die Stadtwerke und die e.wa riss nach Meinung der FDP erforderlich wären. Man benötige umfassendere Rechte und Pflichten. Dies habe auch das jüngste Seminar für die Aufsichtsräte gezeigt, bei dem man eins zu eins das gehört habe, was vor acht Jahren bei einem ähnlichen Seminar erklärt worden sei. Dies bedeute, dass auch kein Austausch mit Fraktionskollegen erfolgen dürfe. Diesen Zustand könne man heilen, indem wichtige Entscheidung auf Gesellschafterebene gezogen würden, was offensichtlich bei den Stadtwerken der OB könne, bei der e.wa riss aber schwieriger sei. Wichtige Entscheidungen, die am Ende den Steuerzahler trafen, sollten auf Gesellschafterebene gezogen werden.

OB Fettback erwidert, man habe die Frage bezüglich der Stadtwerke bereits Frau Dr. Stuble-Treder zur Prüfung gegeben, ob ein anderes Verfahren möglich wäre. Bei der e.wa riss gestalte sich dies wohl schwieriger. Kommunalpolitisch halte er es für richtig und sehe sich einig mit Städtetagsvertretern aller Couleur, dass der steuerliche Querverbund letztlich immer den Steuerzahlern zugute komme. Einig sei man sich auch darin, dass die Stadtwerke Biberach ein reiner Verlustbringer seien nach Abgabe der Aufgabe Energie an die e.wa riss. Es sei daher auch klar, dass man sie nicht "im Regen stehen lasse".

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Beteiligungsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Mitgliedschaft der Stadt Biberach am Wasser- und Bodenverband Rottumtal soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet werden.**

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 270/2009 zur Beschlussfassung vor. Der Hauptausschuss hat das Thema in seiner Sitzung am 04.02.2010 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Die Beschlussfassung des Bauausschusses am 08.02.2010 erfolgte mehrheitlich.

OB Fettback führt aus, diese Vorlage sei Beweis der prosperierenden Stadt Biberach. Man erhalte immer wieder Anfragen kleinerer und mittlerer Betriebe, weshalb man sich zu dieser Vorgehensweise entschlossen habe.

BM Kuhlmann erläutert die Absichten anhand verschiedener Pläne. Auch er bezeichnet die Ausgaben als lohnend. Der Planfeststellungsbeschluss zur Nord-West-Umfahrung sei zwar gefasst, es sei aber frühestens 2014/2015 mit der Fertigstellung der Straße zu rechnen, die Voraussetzung für die Anbindung des Gewerbegebietes sei. Daher plädiere man für eine provisorische Erschließung zur Birkenharder Straße und parallel zum Bau der Erschließungsstraße, die nachher zum Bestand gehöre. Damit könnten 8 Hektar Gewerbefläche im Herbst 2011 angeboten werden. Man versuche, die Mehrkosten über den Grundstückspreis zu finanzieren. Die Zusatzkosten resultierten aus dem Straßenbau und dem Straßenrückbau sowie dem Kanalanschluss, der danach wieder verlegt werden müsse.

StR Abele zeigt sich froh über die Vorlage, die die uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion erhalte. Als prosperierende Stadt sei es wichtig, Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Ehe man das Gewerbegebiet Aspach gehabt habe, seien viele Unternehmen ins Umland abgewandert, was nicht mehr eintreten sollte. Die Mehrkosten sollten letztlich für die Stadt kostenneutral sein, wobei die CDU-Fraktion dazu tendiere, sie auf das gesamte Gebiet umzulegen, was dann auch ein sehr kleiner Betrag für die einzelnen wäre. Hierüber müsse man aber noch diskutieren.

Auch StR Lemli findet es erfreulich, dass man einen guten Absatz an Gewerbeflächen verzeichne. Es sei daher schade, dass man nur begrenzt Gewerbeflächen zur Verfügung habe. Die Überlegungen der Verwaltungen seien gut, da man nicht bis 2014 oder 2015 zuwarten könne. Die Kosten hätten zunächst erschreckt, da aber deren Umlegung beabsichtigt sei, stimme die SPD-Fraktion zu. Er spricht noch die Geruchsproblematik aufgrund des Anschlusses an den Mischwasserkanal an, zu dem die Verwaltung versichert habe, dass dieses Problem nur ein- bis zweimal täglich auftreten werde und erträglich sei. Er bittet Sorge zu tragen, dass die Belastung minimiert werde, beispielsweise durch den Einbau von Filtern.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft StR Dr. Compters zustimmen. Man dürfe nicht in eine ähnliche Situation geraten wie vor Jahren auf dem Wohnbaulandsektor. Daher sei die Maßnahme sinnvoll, auch wenn viel Geld investiert werden müsse. Rechne man dieses aber auf die Gesamtfläche um, was vermutlich am sinnvollsten und gerechtesten sein werde, dann sei dies akzeptabel. Die Probleme mit der Entwässerung seien nach Auskunft im Bauausschuss vertretbar und ein täglich begrenztes Problem. Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile stimme man daher zu.

StR Weber gibt zu verstehen, die Grünen hätten es besser gefunden, wenn schon ein Flächenverbrauch erfolge, dass dann bei der Reithalle begonnen würde. Die Investition koste viel Geld und

bringe eine Geruchsbelästigung mit sich. Er fragt, ob auch hier nur ein "scheinheiliger" Flächenausgleich erfolgen werde.

StR Braig meint dagegen, die Verwaltung habe dargelegt, dass dies der richtige Platz für einen Beginn sei. Einziger Wehrmutstropfen sei die Druckleitung und die mit ihr verbundene Geruchsbelästigung. Auch er plädiert namens der FDP dafür, die Kosten auf das gesamte Gebiet umzulegen.

BM Kuhlmann lässt wissen, eine Erschließung von der Reithalle wäre nur mit technischen und finanziellen Mehraufwendungen möglich. Die dargestellte Lösung sei wirtschaftlich am sinnvollsten. Er wehrt sich gegen die Aussage StR Webers, dass scheinheilige Flächenausgleiche erfolgten. Man habe keine Möglichkeit in der Innenentwicklung. Wenn daher eine Weiterentwicklung der Stadt gewollt sei, müsse man derartige Maßnahmen ergreifen. Man schaffe immer einen hundertprozentigen Flächenausgleich und gehe hier sehr sorgfältig im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei zwei Enthaltungen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die vorgezogene Erschließung des 1. Bauabschnitts im Gewerbegebiet Flugplatz (rot schraffierte Fläche, s. Lageplan in Drucksache Nr. 270/2009) soll unabhängig von der Nordwestumfahrung und vorbehaltlich des notwendigen Grunderwerbs vorbereitet werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 24/2010 zur Information vor.

EBM Wersch führt aus, das Ergebnis sei bei wesentlichen Einnahmepositionen schlechter ausgefallen als geplant. Dies sei anders als in Vorjahren. Dennoch sei das Ergebnis in Ordnung und ausgeglichen gestaltet, da man keine Qualitätseinbußen verzeichne. Es werde deutlich, dass der Liquiditätsbedarf hoch sei und zu dessen Deckung eine Rücklagenentnahme erforderlich werde. Die Prognose für 2010 stimme nach aktuellem Stand und es sei noch kein Verschlechterungstrend feststellbar .

StR Wiest schließt sich namens der CDU-Fraktion der städtischen Beurteilung an, wonach erstmals von einem deutlichen Abwärtstrend aber insgesamt noch von einem relativ guten Jahr 2009 gesprochen werden könne. Diese Entwicklung habe sich schon in den vorausgehenden Quartalsberichten abgezeichnet. Jetzt habe man belastbare Zahlen, die einer Schlussrechnung nahe kämen. Danach verzeichne man über 4 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen weniger. Dies sei ein neues Erleben, da man bisher davon ausgehen konnte, dass die Planzahlen sich teilweise kräftig nach oben veränderten. Nun sei ein deutlicher Abwärtstrend feststellbar. Einige Wenigereinnahmen seien durch Mehreinnahmen kompensierbar gewesen, was teilweise überrasche. Durch die Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer werde man auch weniger Umlage zahlen müssen. Kritisch betrachte man die Mehreinnahmen durch außerordentliche Grundstücksveräußerungen, da sie zwar eine rechnerische Ergebnisverbesserung brächten, letztlich jedoch keine Vermögensvermehrung erfolge. Die über 7 Mio. Euro über Plan liegende Rücklagenentnahme resultiere allein zu 6 Mio. Euro aus einer Umschichtung zu den Stadtwerken und relativiere sich daher. Man habe vor Augen, dass die gravierenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise erst in den Folgejahren zu Buche schlagen.

StRin Kübler teilt die Einschätzung der Verwaltung einer Situationsverschärfung. Die Wohltaten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes belasteten die Kommunen und damit auch irgendwann die Bürger. Es sei zu hoffen, dass schnellstens eine Kompensation erfolge. Sie spricht noch die thematisierte neue Regelung zum Kindergartenabmangel an und bittet diese näher zu erläutern.

Auch StR Heinkele hat den Eindruck, man sei an einem Wendepunkt angelangt. Bislang habe man Zuführungen zum Vermögenshaushalt verzeichnet, jetzt sei dies umgekehrt. Er spricht das Festgeld in Höhe von 10 Mio. Euro bei der Hypo-Vereinsbank an und erkundigt sich nach dessen Absicherung.

StR Späh geht unter anderem auf die weltweiten Auswirkungen der Wirtschaftskrise ein und bezeichnet den Ausblick als besonders wichtig, wonach von einer Rekordverschuldung des Bundes auszugehen sei, die sich vermutlich auch auf Kommunale Haushalte auswirken werde, ohne die Auswirkungen tatsächlich absehen zu können. Ein pessimistischer Blick sei daher angebracht.

StR Funk findet den Beitrag StRin Küblers signifikant, da ihr offensichtlich das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht klar sei. Bei ihm seien 4,6 Milliarden Euro an Familien gegangen. Er sei gespannt gewesen wie EBM Wersch das erstklassige Zahlenmaterial kommentieren werde. StR Wiest habe die wichtigsten Zahlen erläutert, weshalb er sich dies sparen könne. Er fühle sich tief bestätigt darin, dass es ein gutes Ergebnis sei. Man habe mit drei Krisenjahren, 2009 bis 2011,

gerechnet. Er fordert die Verwaltung auf, das Baugewerbe vor Ort zu beobachten. Wenn dort Einbrüche zu verzeichnen seien, müsse man eventuell einen Nachtragshaushalt verabschieden und Kürzungen zurücknehmen. Er zeigt sich einig, dass man 60 bis 65 Mio. Euro bei der Stadt Biberach benötige, um sich all das leisten zu können, was man wünsche.

OB Fettback bemerkt, Biberach sei an einem Wendepunkt, andere Städte bereits im freien Fall.

EBM Wersch erläutert die Kindergarten- und Kleinkindförderung und lässt wissen, man erhalte für jedes Kind, das eine Krippe besuche, einen Kopfbetrag. Ferner erhalte man Kopfbeträge von den Kommunen zurück, deren Kinder Biberacher Einrichtungen besuchten. Umgekehrt erhalte der Hospital diese Beträge von der Stadt.

Frau Leonhardt gibt zu verstehen, bei der Anlage bei der Hypo-Vereinsbank verliere man sicher kein Geld. Die Unsicherheiten resultierten aus Haushaltsabgrenzungsposten. Bei der Anlage habe man eine Risikostreuung vorgenommen. Die Hypo-Vereinsbank habe man ausgesucht, da sie sich in der Finanzkrise relativ sicher gezeigt habe. Die Anlage bewege sich auch im Bereich der Sicherungsgrenze.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 29/2010 zur Information vor.

OB Fettback bedankt sich bei der Wahlstelle und allen Beteiligten für die Abwicklung der Wahl.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 16.1

OV Aßfalg lässt wissen, in der Vorwoche habe mit der e.wa riss Netze GmbH eine Veranstaltung zum Thema DSL stattgefunden, an der 300 Personen teilgenommen hätten. Die Veranstaltung sei sehr gut gewesen. Er hoffe dass der Aufsichtsrat der e.wa die Maßnahmen weiterhin so unterstütze. Wenn dies gelinge, erhalte Stafflangen die bestmögliche Lösung.

TOP 16.2

StR Keil bringt vor, er sei von Eltern auf das Schulobstförderprogramm angesprochen worden. Es handle sich um ein Landesprogramm zusammen mit der EU. Gemeinden mit Mensen sollten hieran teilnehmen können. Die Kosten für die Kommunen seien offensichtlich relativ gering.

EBM Wersch gibt zu verstehen, er habe den Begriff gehört. Der aktuelle Stand sei ihm aber nicht bekannt. Er **sagt zu**, die Information nachzuliefern.

TOP 16.3 Entwicklung Südbahn

StR Lemli erinnert an seine Nachfrage zur Südbahn und ob eine Resolution des Gemeinderats sinnvoll sein könnte. Er wisse, dass verschiedene Landkreise und Städte bereits auf diese Weise reagiert hätten.

BM Kuhlmann lässt wissen, es existiere eine Resolution des Regionalverbandes. Der Arbeitskreis Südbahn habe zunächst nicht reagiert und sei im Sinne einer nachhaltigen Resolution über den Interessenverband aktiv. Ziel sei eine gemeinsame Resolution.

TOP 16.4 Runder Tisch Ganztagsbetreuung

StRin Drews spricht das Thema Ganztagsbetreuung an. Im letzten Sommer habe ein Gespräch mit den Schulleitern stattgefunden und seither sei der Gemeinderat nicht mehr informiert worden. Sie fragt, welche Absichten die Schulleiter im Ganztagsbereich hätten, was Sie und was diese Vereine anbieten könnten. Es sei zugesichert worden, gleich nach den Sommerferien einen runden Tisch hierzu einzurichten. Bisher sei jedoch nichts geschehen.

EBM Wersch kündigt an, diese Information nachzureichen. Mit ihm habe seit ewiger Zeit niemand zum Thema Ganztagsbereich gesprochen.

StRin Drews lässt wissen, die Schulleitungen hätten eine Anfrage an das Amt für Bildung Betreuung und Sport gerichtet und keine Antwort erhalten.

EBM Wersch **sagt zu**, dem Thema nachzugehen. Der aktuelle Stand zum runden Tisch sei ihm nicht präsent.

OB Fettback weist darauf hin, für derartige Fragen die Möglichkeit der Schnellanfrage zu nutzen.

TOP 16.5 Städtische Webcam

StR Rieger bringt vor, die Webcam der Stadt Biberach komme in der Bevölkerung gut an.

Gemeinderat, 22.02.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann